

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu dem Vertrag vom 17. Juli 2003

zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Ergänzung des Europäischen Auslieferungsübereinkommens vom 13. Dezember 1957 und die Erleichterung seiner Anwendung

A. Problem und Ziel

Der Auslieferungsverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen erfolgt bisher auf der Grundlage des Europäischen Auslieferungsübereinkommens vom 13. Dezember 1957. Mit dem in Berlin am 17. Juli 2003 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Ergänzung des Europäischen Auslieferungsübereinkommens vom 13. Dezember 1957 und die Erleichterung seiner Anwendung wird der Auslieferungsverkehr auf eine verbreiterte Grundlage gestellt. Der Vertrag trifft die erforderlichen ergänzenden Regelungen, um die Auslieferungsbeziehungen auszuweiten und die Verfahren im umfangreichen Auslieferungsverkehr zwischen Deutschland und Polen zu beschleunigen. Zudem soll der Datenschutz im Auslieferungsverkehr geregelt werden.

B. Lösung

Mit dem geplanten Gesetz sollen die Voraussetzungen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation des oben bezeichneten Vertrages geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Keine

2. Vollzugsaufwand

Kein Vollzugsaufwand

E. Sonstige Kosten

Keine

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER

Berlin, den 17. Dezember 2003

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Wolfgang Thierse
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 17. Juli 2003 zwischen
der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die
Ergänzung des Europäischen Auslieferungsübereinkommens vom
13. Dezember 1957 und die Erleichterung seiner Anwendung

mit Begründung und Vorblatt (Anlage 1).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium der Justiz.

Der Bundesrat hat in seiner 794. Sitzung am 28. November 2003 gemäß Artikel 76
Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie aus
Anlage 2 ersichtlich Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist
in der als Anlage 3 beigefügten Gegenäußerung dargelegt.

Mit freundlichen Grüßen



Entwurf

Gesetz

**zu dem Vertrag vom 17. Juli 2003
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen
über die Ergänzung des Europäischen Auslieferungsübereinkommens
vom 13. Dezember 1957 und die Erleichterung seiner Anwendung**

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 17. Juli 2003 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Ergänzung des Europäischen Auslieferungsübereinkommens vom 13. Dezember 1957 (BGBl. 1964 II S. 1369) und die Erleichterung seiner Anwendung wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Das Grundrecht der Freiheit der Person (Artikel 2 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz) wird nach Maßgabe des Artikels 11 Abs. 2 Nr. 2 des Vertrages eingeschränkt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme des Artikels 2 am Tag nach seiner Verkündung in Kraft. Artikel 2 tritt zusammen mit dem Vertrag in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 21 Abs. 1 Satz 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Artikel 11 Abs. 2 Nr. 2 des Vertrages enthält den Haftgrund der Inhaftnahme während der vorübergehenden Überstellung, auf Grund dessen die Freiheit der verfolgten Person eingeschränkt wird. Daher ist nach Artikel 19 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes das eingeschränkte Grundrecht unter Angabe des Artikels zu nennen.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem der Vertrag nach seinem Artikel 21 Abs. 1 Satz 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung dieses Gesetzes nicht mit zusätzlichen Kosten belastet.

Von dem Gesetz sind Auswirkungen auf die Einzelpreise oder auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, nicht zu erwarten.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen
über die Ergänzung des Europäischen Auslieferungsübereinkommens
vom 13. Dezember 1957 und die Erleichterung seiner Anwendung

Umowa
między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską
o uzupełnieniu i ułatwieniu stosowania
Europejskiej Konwencji o ekstradycji
z dnia 13 grudnia 1957 roku

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Polen
im Folgenden als „Vertragsparteien“ bezeichnet –

Republika Federalna Niemiec
i
Rzeczpospolita Polska,
zwane dalej „Umawiającymi się Stronami“,

in dem Wunsch, das Europäische Auslieferungsübereinkommen vom 13. Dezember 1957 in der Fassung des Zweiten Zusatzprotokolls vom 17. März 1978 – im Folgenden als Übereinkommen bezeichnet – im Verhältnis zwischen den beiden Vertragsparteien zu ergänzen und die Anwendung der darin enthaltenen Grundsätze zu erleichtern –

pragnąc uzupełnić w stosunkach między dwoma Umawiającymi się Stronami Europejską Konwencję o ekstradycji z dnia 13 grudnia 1957 roku, w brzmieniu określonym przez Drugi Protokół Dodatkowy z dnia 17 marca 1978 roku, zwaną dalej Konwencją, oraz ułatwić stosowanie zawartych w niej zasad,

sind wie folgt übereingekommen:

uzgodniły, co następuje:

Artikel 1

(zu Artikel 2 des Übereinkommens)

Die Auslieferung wird auch bewilligt, wenn das Maß der noch zu vollstreckenden Freiheitsstrafe, Ersatzfreiheitsstrafe, Maßregel der Besserung und Sicherung oder bei mehreren noch zu vollstreckenden Freiheitsstrafen, Ersatzfreiheitsstrafen und Maßregeln der Besserung und Sicherung deren Summe mindestens drei Monate beträgt.

Artykuł 1

(do artykułu 2 Konwencji)

Zezwala się także na wydanie, jeżeli wymiar kary pozbawienia wolności, zastępczej kary pozbawienia wolności, środka zabezpieczającego, jakie mają być jeszcze wykonane, a w wypadku kilku kar pozbawienia wolności, zastępczych kar pozbawienia wolności lub środków zabezpieczających, jakie mają być jeszcze wykonane, jeżeli ich suma, wynosi co najmniej trzy miesiące.

Artikel 2

**(zu den Artikeln 7
und 8 des Übereinkommens)**

(1) Die ersuchte Vertragspartei wird die Auslieferung einer Person wegen einer strafbaren Handlung, die nach ihren Rechtsvorschriften ihrer Gerichtsbarkeit unterliegt, bewilligen, wenn der Durchführung der Strafverfolgung im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei im Interesse der Wahrheitsfindung, aus Gründen der Strafzumessung oder des Strafvollzuges oder im Interesse der Resozialisierung der Vorzug zu geben ist.

(2) Absatz 1 wird entsprechend auf die Prüfung eines Ersuchens betreffend die Weiterlieferung an einen dritten Staat angewandt (Artikel 15 des Übereinkommens).

Artykuł 2

(do artykułów 7 i 8 Konwencji)

(1) Wezwana Umawiająca się Strona zezwoli na wydanie osoby za przestępstwo, które według jej ustawodawstwa należy do jurysdykcji jej sądów, jeżeli przeprowadzenie ścigania karnego na terytorium wzywającej Umawiającej się Strony jest pożądane w celu ustalenia prawdy, wymierzenia kary, wykonania kary lub resocjalizacji sprawcy.

(2) Ustęp 1 stosuje się odpowiednio do rozpatrywania wniosku o ponowne wydanie państwu trzeciemu (artykuł 15 Konwencji).

Artikel 3

(zu Artikel 9 des Übereinkommens)

Die Auslieferung wird nicht abgelehnt, wenn im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei nur wegen Mangels der eigenen Gerichtsbarkeit kein Strafverfahren eingeleitet oder ein bereits eingeleitetes Strafverfahren aus diesem Grund eingestellt worden ist.

Artykuł 3

(do artykułu 9 Konwencji)

Nie odmawia się wydania osoby, jeżeli na terytorium wzywającej się Strony nie wszczęto przeciwko tej osobie postępowania karnego tylko z powodu braku jurysdykcji lub jeżeli z tego powodu umorzono już wszczęte postępowanie karne.

Artikel 4**(zu Artikel 10 des Übereinkommens)**

Zur Beurteilung der Verjährung ist ausschließlich das Recht der ersuchenden Vertragspartei maßgebend.

Artikel 5

Die Verpflichtung zur Auslieferung wird durch das Fehlen eines Strafantrags oder einer sonstigen Erklärung, die nur nach dem Recht der ersuchten Vertragspartei zur Einleitung oder Fortsetzung eines Strafverfahrens erforderlich wären, nicht berührt.

Artikel 6**(zu den Artikeln 12
und 13 des Übereinkommens)**

(1) Der Austausch von Auslieferungsersuchen erfolgt zwischen dem Bundesministerium der Justiz oder den Justizministerien der Länder einerseits und dem Justizministerium der Republik Polen andererseits; dies schließt die Nutzung des diplomatischen Weges nicht aus. Auch der sonstige Schriftverkehr zwischen den Vertragsparteien erfolgt auf diese Weise, sofern das Übereinkommen oder dieser Vertrag es nicht anders regeln.

(2) In den Fällen des Strafaufschubes, der Strafunterbrechung und der bedingten Aussetzung der Vollstreckung oder der Vollstreckung des Rests einer Strafe oder Maßregel der Besserung und Sicherung sind auch die zur Feststellung der Vollstreckbarkeit der Strafe oder Maßregel dienenden Urkunden dem Auslieferungsersuchen beizufügen.

(3) Die Übermittlung von Ersuchen um Beibringung notwendiger zusätzlicher Informationen nach Art. 13 des Übereinkommens sowie die Übermittlung dieser Informationen kann unmittelbar zwischen den zuständigen Behörden beider Vertragsparteien erfolgen.

Artikel 7**(zu Artikel 14 des Übereinkommens)**

(1) Die bedingte Freilassung einer ausgelieferten Person ohne eine ihre Bewegungsfreiheit einschränkende Anordnung steht der endgültigen Freilassung im Sinne von Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe b des Übereinkommens gleich.

(2) Wird nach Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe a des Übereinkommens um Zustimmung zur Verfolgung ersucht, so ist die Beifügung der in Artikel 12 Absatz 2 Buchstabe a des Übereinkommens erwähnten Unterlagen nicht erforderlich.

(3) Nach der Stellung eines Ersuchens um Zustimmung, dem die in Artikel 12 Absatz 2 Buchstaben a bis c des Übereinkommens erwähnten Unterlagen beigelegt sind, kann die ausgelieferte Person ungeachtet der Einschränkung des Artikels 14 des Übereinkommens bis zum Eingang der Entscheidung über dieses Ersuchen im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei in Haft gehalten werden.

(4) Die ersuchte Vertragspartei verzichtet auf die Einhaltung der in Artikel 14 Absätze 1 und 3 des Übereinkommens festgelegten Beschränkungen, wenn sich der Verfolgte während des Auslieferungsverfahrens zu richterlichem oder staatsanwalt-schaftlichem Protokoll nach Belehrung über deren Rechtswirkungen freiwillig und in vollem Bewusstsein der sich daraus ergebenden Folgen mit der uneingeschränkten Strafverfolgung oder Strafvollstreckung einverstanden erklärt. Das Einverständnis kann nicht widerrufen werden. Die Erklärung des Verfolgten im Sinne des Satzes 1 wird der ersuchenden Vertragspartei im Original oder als beglaubigte Abschrift übermittelt.

(5) Nach der Auslieferung des Verfolgten kann das Einverständnis nach Absatz 4 Satz 1 nur vor dem Richter der ersuchenden Vertragspartei zu richterlichem Protokoll erklärt werden. Das Protokoll ist der ersuchten Vertragspartei im Original oder

Artykuł 4**(do artykułu 10 Konwencji)**

Dla oceny przedawnienia właściwe jest wyłącznie prawo wzywającej Umawiającej się Strony.

Artykuł 5

Zobowiązanie do wydania nie zostaje naruszone wskutek braku wniosku o ściganie lub innego oświadczenia, które stosownie tylko do prawa wezwanej Umawiającej się Strony byłoby wymagane do wszczęcia lub prowadzenia postępowania karne-go.

Artykuł 6**(do artykułów 12 i 13 Konwencji)**

(1) Wnioski o wydanie są przesyłane pomiędzy Federalnym Ministerstwem Sprawiedliwości Republiki Federalnej Niemiec lub ministerstwami sprawiedliwości krajów związkowych z jednej strony a Ministerstwem Sprawiedliwości Rzeczypospolitej Polskiej z drugiej strony; nie wyłącza to korzystania z drogi dyplomatycznej. Także dalsza wymiana pism pomiędzy Umawiającymi się Stronami odbywa się w tym trybie, o ile Konwencja lub niniejsza Umowa nie stanowi inaczej.

(2) W wypadkach odroczenia wykonania kary, przerwy wykonania kary, warunkowego zawieszenia wykonania kary albo warunkowego zwolnienia z odbycia reszty kary lub środka zabezpieczającego do wniosku o wydanie należy dołączyć także dokumenty stwierdzające, że kara lub środek podlega wykonaniu.

(3) Przesyłanie wniosków o dostarczenie niezbędnych dodatkowych informacji, o których mowa w artykule 13 Konwencji, jak również przesyłanie tych informacji może odbywać się bezpośrednio pomiędzy właściwymi organami obu Umawiającej się Stron.

Artykuł 7**(do artykułu 14 Konwencji)**

(1) Zwolnienie warunkowe osoby wydanej bez zarządzenia ograniczającego swobodę jej poruszania się, oznacza jej ostateczne zwolnienie w rozumieniu artykułu 14 ustęp 1 litera „b” Konwencji.

(2) Jeżeli na podstawie artykułu 14 ustęp 1 litera „a” Konwencji wnosi się o wyrażenie zgody na ściganie, to dołączanie dokumentów wymienionych w artykule 12 ustęp 2 litera „a” Konwencji nie jest konieczne.

(3) Po złożeniu wniosku o wyrażenie zgody, do którego załącza się dokumenty wymienione w artykule 12 ustęp 2 litera „a” do „c” Konwencji osoba wydana może być, nie bacząc na ograniczenia artykułu 14 Konwencji, przetrzymywana w areszcie na terytorium wzywającej Umawiającej się Strony do chwili otrzymania decyzji rozstrzygającej ten wniosek.

(4) Wezwana Umawiająca się Strona zrzeka się przestrzegania ograniczeń ustalonych w artykule 14 ustępy 1 i 3 Konwencji, jeżeli w postępowaniu o wydanie osoba ścigana oświadczy dobrowolnie do protokołu przed sędzią lub prokuratorem, po poczeniu o skutkach prawnych tego oświadczenia, z pełną świadomością tych skutków, swą zgodę na nieograniczone ściganie karne lub wykonanie kary. Zgoda taka nie może zostać odwołana. Oryginał oświadczenia osoby ściganej, o którym mowa w zdaniu 1, lub jego uwierzytelniony odpis przekazuje się wzywającej Umawiającej się Stronie.

(5) Po wydaniu osoby ściganej, zgoda na podstawie ustępu 4 zdanie 1 może być oświadczona jedynie do protokołu przed sędzią wzywającej Umawiającej się Strony. Oryginał protokołu lub jego uwierzytelniony odpis przekazuje się wezwanej Uma-

als beglaubigte Abschrift zu übermitteln. Der Stellung eines Ersuchens nach Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe a des Übereinkommens bedarf es in diesem Fall nicht.

Artikel 8

(zu Artikel 15 des Übereinkommens)

(1) Stimmt die ersuchte Vertragspartei einer Weiterlieferung im Sinne des Artikels 15 des Übereinkommens nicht zu, so darf die ersuchende Vertragspartei auch keine Abschiebung der Person in den Vertragsstaat oder den Drittstaat vornehmen, der den Antrag auf Weiterlieferung gestellt hat.

(2) Einem Ersuchen um Zustimmung zur Weiterlieferung an einen anderen Vertragsstaat des Übereinkommens oder an einen dritten Staat sind die im Artikel 12 Absatz 2 des Übereinkommens erwähnten Unterlagen beizufügen, die der um Zustimmung ersuchenden Vertragspartei übermittelt worden sind. Die Zustimmung wird erteilt, wenn wegen der dem Auslieferungersuchen zugrunde liegenden strafbaren Handlung die Auslieferung durch die um Zustimmung ersuchte Vertragspartei an den anderen Vertragsstaat oder an den dritten Staat zulässig wäre.

Artikel 9

(zu Artikel 16 des Übereinkommens)

(1) Ersuchen um vorläufige Verhaftung können von den Gerichten, den Staatsanwaltschaften und den in Artikel 6 Absatz 1 dieses Vertrags genannten Behörden den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei übersendet werden. Die nach Artikel 16 Absatz 2 zweiter Halbsatz des Übereinkommens erforderliche Angabe der strafbaren Handlung hat eine kurze Sachverhaltsdarstellung zu umfassen.

(2) Erlangen die zuständigen Behörden einer Vertragspartei davon Kenntnis, dass sich im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei eine Person befindet, deren Auslieferung von der anderen Vertragspartei begehrt werden kann, so werden sie diese Vertragspartei unverzüglich auf dem in Artikel 16 Absatz 3 des Übereinkommens vorgesehenen Geschäftsweg befragen, ob sie die Auslieferung dieser Person begehrt. Wird die Person in vorläufige Auslieferungshaft genommen, so ist die andere Vertragspartei hiervon unverzüglich unter Angabe des Zeitpunktes der Verhaftung und des Ortes der Haft zu verständigen.

(3) Die Fristen nach Artikel 16 Absatz 4 des Übereinkommens werden gewahrt, wenn das Auslieferungersuchen und die beizufügenden Unterlagen nebst beglaubigter Übersetzungen vor deren Ablauf bei einer der in Artikel 6 Absatz 1 dieses Vertrags bezeichneten Stellen der ersuchten Vertragspartei eingegangen sind. Die in Artikel 16 Absatz 4 des Übereinkommens festgelegte Frist gilt auch als eingehalten, wenn die ersuchte Vertragspartei das Auslieferungersuchen nebst Anlagen vor deren Ablauf per Fernkopie erhält und die Originaldokumente unverzüglich übersandt werden.

Artikel 10

(zu Artikel 17 des Übereinkommens)

Zugleich mit der Entscheidung nach Artikel 17 des Übereinkommens wird die ersuchte Vertragspartei auch über die Zustimmung zu einer Weiterlieferung entscheiden; sie wird diese Entscheidung allen Staaten bekannt geben, die um Auslieferung ersucht haben.

Artikel 11

(zu Artikel 19 des Übereinkommens)

(1) Artikel 19 Absatz 1 des Übereinkommens wird auch bei der Vollstreckung einer Maßregel der Besserung und Sicherung angewendet.

(2) Gemäß Artikel 19 Absatz 2 des Übereinkommens wird eine Person der ersuchenden Vertragspartei übergeben, sofern ihre

wiajęcej się Stronie. Złożenie wniosku, o którym mowa w artykule 14 ustę 1 litera „a“ Konwencji, nie jest w tym wypadku konieczne.

Artykuł 8

(do artykułu 15 Konwencji)

(1) Jeżeli wezwana Umawiająca się Strona nie wyraża zgody na ponowne wydanie, o którym mowa w artykule 15 Konwencji, to wzywająca Umawiająca się Strona nie może również dokonać wydalenia osoby do innego państwa – strony Konwencji lub państwa trzeciego, które wystąpiło z wnioskiem o ponowne wydanie.

(2) Do wniosku o wyrażenie zgody na ponowne wydanie innej Umawiającej się Stronie Konwencji lub państwu trzeciemu należy dołączyć dokumenty wymienione w artykule 12 ustę 2 Konwencji, które przekazane zostały Stronie występującej o wyrażenie zgody. Zgoda zostanie udzielona, jeżeli za przestępstwo będące podstawą wniosku o wydanie dopuszczalne byłoby wydanie przez Stronę do której wystąpiono o wyrażenie zgody – innej Umawiającej się Stronie Konwencji lub państwu trzeciemu.

Artykuł 9

(do artykułu 16 Konwencji)

(1) Wnioski o tymczasowe aresztowanie mogą być przesyłane przez sądy, prokuratury i organy wymienione w artykule 6 ustę 1 niniejszej Umowy do właściwych organów drugiej Umawiającej się Strony. Określenie przestępstwa wymagane zgodnie z artykułem 16 ustę 2 zdanie 2 Konwencji powinno nastąpić poprzez krótki opis stanu faktycznego.

(2) Jeżeli właściwe organy jednej Umawiającej się Strony dowiedzą się o przebywaniu na terytorium tej Strony osoby, której wydania może zażądać druga Umawiająca się Strona, to wystąpią niezwłocznie do tej Strony w trybie określonym w artykule 16 ustę 3 Konwencji z zapytaniem, czy Strona ta wystąpi o wydanie tej osoby. Jeżeli osoba ta znajduje się w areszcie tymczasowym, zawiadamia się o tym niezwłocznie drugą Stronę z podaniem czasu aresztowania i miejsca osadzenia.

(3) Terminy określone w artykule 16 ustę 4 Konwencji są zachowane, jeżeli wniosek o wydanie i załączone dokumenty wraz z ich uwierzytelnionym tłumaczeniem wpłynęły przed ich upływem do jednego z organów wezwanej Umawiającej się Strony wymienionych w artykule 6 ustę 1 niniejszej Umowy. Termin określony w artykule 16 ustę 4 Konwencji jest zachowany także wówczas, jeżeli przed jego upływem wezwana Umawiająca się Strona otrzyma telefaxem wniosek o wydanie wraz z załącznikami, a następnie niezwłocznie zostaną nadesłane oryginały dokumentów.

Artykuł 10

(do artykułu 17 Konwencji)

Wydając decyzję na podstawie artykułu 17 Konwencji, wezwana Umawiająca się Strona podejmuje także decyzję co do zgody na ponowne wydanie; o decyzji tej zawiadamia wszystkie państwa, które wniosły o wydanie.

Artykuł 11

(do artykułu 19 Konwencji)

(1) Artykuł 19 ustę 1 Konwencji stosuje się także do wykonania środka zabezpieczającego.

(2) Na podstawie artykułu 19 ustę 2 Konwencji osoba zostaje przekazana wzywającej Umawiającej się Stronie, o ile jej

Anwesenheit im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei nicht zur Durchführung bestimmter Prozesshandlungen in einem dort anhängigen Strafverfahren erforderlich ist. Im Übrigen gelten folgende Bestimmungen:

1. In dem Ersuchen werden die Prozesshandlungen, zu deren Durchführung die Person übergeben werden soll, ihrer Art nach bezeichnet.
2. Für die Dauer ihres Aufenthalts im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei wird die übergebene Person in Haft gehalten.
3. Nach Durchführung der Prozesshandlungen im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei oder auf Verlangen der ersuchten Vertragspartei wird die Person ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit rücküberstellt.
4. Die Zeit der im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei erlittenen Haft wird der Person in der ersuchten Vertragspartei auf die Strafe angerechnet.
5. Die durch eine vorläufige Übergabe im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei entstandenen Kosten werden nicht erstattet.

Artikel 12

(zu Artikel 20 des Übereinkommens)

(1) Wird die Auslieferung einer Person bewilligt, so können auch ohne besonderes Ersuchen die Gegenstände, die in Artikel 20 des Übereinkommens bezeichnet sind oder die als Entgelt für solche Gegenstände erlangt worden sind, wenn möglich zugleich mit der auszuliefernden Person übergeben werden. Satz 1 gilt auch dann, wenn die bewilligte Auslieferung aus tatsächlichen Gründen nicht vollzogen werden kann.

(2) Die ersuchte Vertragspartei gibt der ersuchenden Vertragspartei bekannt, welche der in Artikel 20 des Übereinkommens bezeichneten Gegenstände sichergestellt worden sind und ob die auszuliefernde Person mit der unmittelbaren Rückgabe an den Geschädigten einverstanden ist. Die ersuchende Vertragspartei teilt der ersuchten Vertragspartei so bald wie möglich mit, ob sie auf die Übergabe der Gegenstände unter der Bedingung verzichtet, dass sie dem Geschädigten oder dessen Beauftragten ausgehändigt werden.

(3) Ein Zollpfandrecht oder eine sonstige dingliche Haftung nach den Vorschriften des Zoll- oder Steuerrechts wird die ersuchte Vertragspartei bei der Übergabe von Gegenständen unter Verzicht auf deren Rückgabe nicht geltend machen, es sei denn, dass der durch die strafbare Handlung geschädigte Eigentümer der Gegenstände die Abgabe selbst schuldet.

Artikel 13

(zu Artikel 21 des Übereinkommens)

(1) Für die Dauer der Durchlieferung hat die darum ersuchte Vertragspartei die ihr übergebene Person in Haft zu halten.

(2) Während der Durchlieferung wird jede Vertragspartei gegen eine von der anderen Vertragspartei an einen dritten Staat auszuliefernde Person wegen Handlungen, die vor der Durchlieferung begangen wurden, ohne die Zustimmung der ausliefernden Vertragspartei weder Strafverfolgungsmaßnahmen noch die Vollstreckung eines Urteils anordnen.

(3) Soll eine Person, die von einem dritten Staat an eine Vertragspartei ausgeliefert wird, auf dem Luftweg durch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ohne Zwischenlandung in dem Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei befördert werden, so ist eine Befassung der Vertragspartei, deren Hoheitsgebiet überflogen werden soll, nicht erforderlich, wenn die Person deren Staatsangehörigkeit nicht besitzt und die strafbare Handlung, derentwegen ausgeliefert wird, keine politische oder rein militärische strafbare Handlung im Sinne der Artikel 3 und 4 des Übereinkommens ist.

obecność na terytorium wezwanej Umawiającej się Strony nie jest konieczna do przeprowadzenia określonych czynności procesowych w toczącym się tam postępowaniu karnym. Ponadto obowiązują następujące postanowienia:

1. we wniosku określa się rodzaj czynności procesowych, dla których przeprowadzenia ma być przekazana osoba,
2. w czasie pobytu na terytorium wzywającej Umawiającej się Strony osoba przekazana będzie przebywać w areszcie,
3. po przeprowadzeniu czynności procesowych na terytorium wzywającej Umawiającej się Strony lub na żądanie wezwanej Umawiającej się Strony osoba przekazana, bez względu na jej obywatelstwo, zostanie odesłana z powrotem,
4. okres pobytu w areszcie na terytorium wzywającej Umawiającej się Strony będzie zaliczony osobie na poczet kary na terytorium wezwanej Umawiającej się Strony,
5. koszty wydania tymczasowego powstałe na terytorium wezwanej Umawiającej się Strony nie podlegają zwrotowi.

Artykuł 12

(do artykułu 20 Konwencji)

(1) W razie wyrażenia zgody na wydanie osoby, mogą zostać przekazane bez odrębnego wniosku i to w miarę możliwości razem z osobą wydaną, także przedmioty wymienione w artykule 20 Konwencji lub przedmioty uzyskane w zamian tych przedmiotów. Zdanie 1 obowiązuje również w wypadku, gdy wydanie osoby, na które wyrażono zgodę, nie może nastąpić z przyczyn faktycznych.

(2) Wezwana Umawiająca się Strona zawiadamia wzywającą Umawiającą się Stronę o tym, które z przedmiotów wymienionych w artykule 20 Konwencji zostały zabezpieczone i czy osoba, o której wydanie się wnosi, zgadza się na ich bezpośredni zwrot pokrzywdzonemu. Wzywająca Umawiająca się Strona zawiadamia możliwie jak najszybciej wezwaną Umawiającą się Stronę o tym, czy zrzeka się przekazania przedmiotów pod warunkiem, że zostaną one wydane pokrzywdzonemu lub jego pełnomocnikowi.

(3) Jeżeli wezwana Umawiająca się Strona zrzekła się zwrotu wydawanych przedmiotów, to przy ich wydawaniu nie będzie korzystała z prawa zatrzymania lub zajęcia tych przedmiotów stosownie do przepisów prawa celnego lub podatkowego, chyba że samego pokrzywdzonego w wyniku przestępstwa właściciela tych przedmiotów obciążają takie opłaty.

Artykuł 13

(do artykułu 21 Konwencji)

(1) Podczas tranzytu wezwana Umawiająca się Strona przetrzymuje w areszcie osobę jej przekazaną.

(2) Podczas tranzytu żadna z Umawiających się Stron nie będzie zarządzać działań dotyczących ścigania karnego ani wykonania wyroku wobec osoby wydawanej przez drugą Umawiającą się Stronę do państwa trzeciego, z powodu czynów popełnionych przed tranzytem, bez zgody Umawiającej się Strony dokonującej wydania.

(3) Jeżeli osoba wydawana przez państwo trzecie – jednej z Umawiających się Stron ma być przewieziona drogą lotniczą przez terytorium drugiej Umawiającej się Strony, wówczas zawiadomienia Umawiającej się Strony, przez której terytorium ma się odbyć przelot, nie jest konieczne, jeżeli osoba ta nie posiada obywatelstwa tej Strony, a przestępstwo, z powodu którego dokonuje się wydania, nie jest przestępstwem politycznym ani przestępstwem wojskowym w rozumieniu artykułów 3 i 4 Konwencji.

(4) In Angelegenheiten der Durchlieferung und der Beförderung auf dem Luftweg findet der Schriftverkehr zwischen dem Bundesministerium der Justiz der Bundesrepublik Deutschland und dem Justizministerium der Republik Polen statt.

Artikel 14

(zu Artikel 23 des Übereinkommens)

Ersuchen um Auslieferung und Durchlieferung sowie den erforderlichen Unterlagen sind beglaubigte Übersetzungen in die Sprache der ersuchten Vertragspartei beizufügen.

Artikel 15

Schutz personenbezogener Daten Definition

Personenbezogene Daten, im Folgenden Daten genannt, sind Informationen über eine bestimmte oder bestimmbare natürliche Person.

Artikel 16

Schutz personenbezogener Daten Zweckbindung

(1) Die Verwendung der aufgrund des Übereinkommens oder dieses Vertrages übermittelten Daten ist nur für den in dem Übereinkommen oder den in diesem Vertrag bezeichneten Zweck zulässig, für den die Daten übermittelt worden sind, und zu den durch die übermittelnde Stelle im Einzelfall vorgegebenen Bedingungen. Die Verwendung ist darüber hinaus zulässig:

1. für Zwecke, für die die Daten ebenfalls nach dem Übereinkommen oder diesem Vertrag übermittelt werden dürften,
2. zur Verfolgung von Straftaten,
3. zur Verhinderung von Straftaten von erheblicher Bedeutung,
4. für gerichtliche Verfahren und Verwaltungsverfahren, die mit den Zwecken nach Satz 1 und Satz 2 Nummern 1, 2 und 3 zusammenhängen, sowie
5. zur Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit.

(2) Eine Verwendung der Daten zu anderen Zwecken ist nur nach vorheriger Zustimmung der übermittelnden Vertragspartei zulässig.

Artikel 17

Schutz personenbezogener Daten Zusätzliche Bestimmungen

Zusätzlich gelten unter Beachtung der für jede Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften die nachfolgenden Bestimmungen:

1. Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Sie ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
3. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Daten sowie über ihren vorgesehenen Verwendungszweck und den Zweck der Speicherung Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des

(4) W sprawach tranzytu i przewozu drogą lotniczą wymiana pism odbywa się pomiędzy Federalnym Ministerstwem Sprawiedliwości Republiki Federalnej Niemiec i Ministerstwem Sprawiedliwości Rzeczypospolitej Polskiej.

Artykuł 14

(do artykułu 23 Konwencji)

Do wniosków o wydanie i tranzyt oraz załączanych do nich dokumentów dołącza się uwierzytelnione tłumaczenie na języku wezwanej Umawiającej się Strony.

Artykuł 15

Ochrona danych osobowych Definicja

Dane osobowe, zwane dalej danymi, oznaczają każdą informację o określonej lub możliwej do określenia osobie fizycznej.

Artykuł 16

Ochrona danych osobowych Określenie celu korzystania z danych

(1) Korzystanie z danych przekazanych na podstawie Konwencji lub niniejszej Umowy jest dopuszczalne jedynie w celu określonym w Konwencji lub Umowie, dla którego dane te są przekazywane, i na warunkach określonych w konkretnym wypadku przez organ przekazujący te dane. Ponadto korzystanie z tych danych jest dopuszczalne:

1. w celu, w jakim te dane mogłyby być również przekazane na podstawie Konwencji lub niniejszej Umowy,
2. w celu ścigania przestępstw,
3. w celu zapobiegania poważnym przestępstwom,
4. w postępowaniu sądowym i postępowaniu administracyjnym, które jest związane z celami wymienionymi w zdaniu 1 i zdaniu 2 punkt 1, 2 i 3 oraz
5. w celu ochrony przed poważnymi zagrożeniami bezpieczeństwa publicznego.

(2) Korzystanie z danych do celów innych jest dopuszczalne tylko po uprzednim wyrażeniu zgody tej Umawiającej się Strony, która przekazała te dane.

Artykuł 17

Ochrona danych osobowych Postanowienia dodatkowe

Oprócz przepisów prawnych obowiązujących każdą z Umawiających się Stron, obowiązują dodatkowo następujące postanowienia:

1. na wniosek organ przyjmujący informuje organ przekazujący o sposobie wykorzystania przekazanych danych oraz o uzyskanych w ten sposób wynikach,
2. organ przekazujący jest zobowiązany do zwracania uwagi na prawdziwość przekazywanych danych oraz na potrzebę i współmierność ich przekazania do zamierzonego celu. Należy przy tym przestrzegać zakazów przekazywania danych obowiązujących w prawie wewnętrznym danej Umawiającej się Strony. Jeżeli okaże się, że przekazano dane błędne lub takie, których nie wolno było przekazywać, należy o tym niezwłocznie powiadomić organ przyjmujący. Organ ten jest zobowiązany poprawić lub zniszczyć te dane,
3. osobę zainteresowaną należy poinformować na jej wniosek o zgromadzonych o niej danych, o przewidywanym celu ich wykorzystania oraz o celu gromadzenia danych. Nie ma obowiązku udzielania informacji, jeżeli z porównania interesów wynika, że interes publiczny przemawiający za nieinformowaniem przeważa nad interesem osoby, której infor-

Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.

4. Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende nationale Recht in Bezug auf die übermittelten Daten besondere Lösungsfristen vorsieht, weist sie die empfangende Stelle darauf hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für Zwecke im Sinne des Artikels 16 nicht mehr erforderlich sind oder es sich herausstellt, dass sie sich auf unbeteiligte Dritte beziehen.
5. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von Daten in geeigneter Weise festzuhalten.
6. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
7. Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustausches nach dem Übereinkommen oder nach diesem Vertrag rechtswidrig geschädigt, so haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist. Leistet die empfangende Stelle Schadenersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig übermittelten Daten verursacht wurde, so erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.

Artikel 18

Geheimschutz

Sollen aufgrund des Übereinkommens oder dieses Vertrages Daten übermittelt werden, die nach dem Recht der übermittelnden Vertragspartei einer Geheimhaltungspflicht unterliegen und als solche gekennzeichnet sind, kann diese ihre Übermittlung davon abhängig machen, dass die empfangende Vertragspartei die Geheimhaltungspflicht beachtet.

Artikel 19

(1) Das Bundesministerium der Justiz der Bundesrepublik Deutschland und das Justizministerium der Republik Polen werden nach Bedarf in unmittelbarem Benehmen Zusammenkünfte ihrer Vertreter vereinbaren, um die einheitliche Durchführung des Übereinkommens und dieses Vertrages sicherzustellen und bei ihrer Durchführung etwaig auftauchende Schwierigkeiten zu beseitigen. Soweit durch die zu erörternden Fragen der Geschäftsbereich anderer Behörden berührt wird, werden diese eingeladen werden, sich an den Zusammenkünften zu beteiligen.

(2) Stehen der Bewilligung der Auslieferung nach Auffassung der zuständigen Behörden der ersuchten Vertragspartei wegen des Alters, des Gesundheitszustandes oder eines anderen die betreffende Person berührenden Umstands unter Berücksichtigung der Art der Straftat und der Interessen der ersuchenden Vertragspartei humanitäre Bedenken entgegen, verhandeln die zuständigen Behörden beider Vertragsparteien darüber, wie diese Bedenken ausgeräumt werden können.

Artikel 20

(zu Artikel 31 des Übereinkommens)

Kündigt eine der Vertragsparteien das Übereinkommen, so wird die Kündigung im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen zwei Jahre nach Eingang der Notifikation der Kündigung beim Generalsekretär des Europarates wirksam.

macje dotyczą. Poza tym uprawnienie zainteresowanego do uzyskania informacji na temat posiadanych o nim danych reguluje prawo wewnętrzne tej Umawiającej się Strony, na której terytorium złożono wniosek o informację,

4. jeżeli prawo wewnętrzne mające zastosowanie wobec organu przekazującego, przewiduje szczególne terminy usunięcia przekazanych danych, organ przekazujący zwraca uwagę na ten fakt organowi przyjmującemu. Niezależnie od tych terminów przekazane dane należy usunąć, gdy tylko przestaną być potrzebne dla celu, o którym mowa w artykule 16, lub gdy okaże się, że dotyczą osób trzecich nie mających związku ze sprawą,
5. organ przekazujący i organ przyjmujący są zobowiązane do utrwalenia we właściwy sposób faktu przekazania i odbioru danych,
6. zarówno organ przekazujący jak i organ przyjmujący są zobowiązane do skutecznej ochrony przekazanych danych przed dostępem do nich osób do tego nieuprawnionych, nieuprawnionymi zmianami i nieuprawnionym ich ujawnieniem,
7. jeżeli jakkolwiek osoba zostanie bezprawnie poszkodowana na skutek przekazywania danych na podstawie Konwencji lub niniejszej Umowy, to za szkodę odpowiada organ przyjmujący, zgodnie z przepisami swego prawa wewnętrznego. W stosunku do poszkodowanego organ ten nie może w celu uwolnienia się od odpowiedzialności powoływać się na to, że szkoda spowodowana została przez organ przekazujący. Jeżeli organ przyjmujący wypłacił odszkodowanie za szkodę, spowodowaną wykorzystaniem przekazanych błędnie danych, to organ przekazujący zwraca organowi przyjmującemu całą kwotę wypłaconego odszkodowania.

Artykuł 18

Ochrona tajemnicy

Jeżeli na podstawie Konwencji lub niniejszej Umowy mają być przekazane dane, które według prawa przekazującej Umawiającej się Strony podlegają obowiązkowi zachowania tajemnicy i zostały w ten sposób oznaczone, przekazanie tych danych może zostać uzależnione od zapewnienia przestrzegania tego obowiązku przez Umawiającą się Stronę otrzymującą.

Artykuł 19

(1) Federalne Ministerstwo Sprawiedliwości Republiki Federalnej Niemiec i Ministerstwo Sprawiedliwości Rzeczypospolitej Polskiej będą bezpośrednio uzgadniać, w razie potrzeby, spotkania swoich przedstawicieli w celu zapewnienia jednolitego wykonywania Konwencji i niniejszej Umowy oraz w celu usuwania trudności mogących pojawić się podczas ich wykonywania. Jeżeli omawiane sprawy objęte będą właściwością innych organów, wówczas będą one zapraszane do uczestniczenia w spotkaniach.

(2) Jeżeli zdaniem właściwych organów wezwanej Umawiającej się Strony udzieleniu zgody na wydanie osoby stoją na przeszkodzie zastrzeżenia natury humanitarnej z powodu wieku, stanu zdrowia lub innych okoliczności dotyczących osoby, z uwzględnieniem rodzaju przestępstwa i interesów wywołującej Umawiającej się Strony, właściwe organy obu Umawiających się Stron omawiać będą sposób usunięcia tych zastrzeżeń.

Artykuł 20

(do artykułu 31 Konwencji)

Jeżeli jedna z Umawiających się Stron wypowie Konwencję, to wypowiedzenie staje się skuteczne w stosunkach między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską po upływie dwóch lat od daty otrzymania przez Sekretarza Generalnego Rady Europy notyfikacji o wypowiedzeniu.

Artikel 21

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Er tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(2) Dieser Vertrag kann jederzeit schriftlich gekündigt werden. Er tritt sechs Monate nach Eingang der Notifikation der Kündigung außer Kraft. Er tritt auch ohne besondere Kündigung in dem Zeitpunkt außer Kraft, in dem das Übereinkommen zwischen den Vertragsparteien unwirksam wird.

Geschehen zu Berlin am 17. Juli 2003 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Artykuł 21

(1) Umowa niniejsza podlega ratyfikacji. Wejdzie ona w życie po upływie miesiąca od dnia wymiany dokumentów ratyfikacyjnych.

(2) Umowa niniejsza może być wypowiedziana na piśmie w każdym czasie. W takim wypadku Umowa utraci moc po upływie sześciu miesięcy od daty otrzymania notyfikacji o wypowiedzeniu. Umowa utraci moc także bez szczególnego jej wypowiedzenia w chwili, w której Konwencja utraci moc pomiędzy Umawiającymi się Stronami.

Sporządzono w Berlinie dnia 17 lipca 2003 roku, w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym oba teksty posiadają jednakową moc.

Für die Bundesrepublik Deutschland
W imieniu Republiki Federalnej Niemiec

Chrobog
Brigitte Zypries

Für die Republik Polen
W imieniu Rzeczypospolitej Polskiej

Grzegorz Kurczuk

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Der Auslieferungsverkehr mit der Republik Polen findet nach dem Europäischen Auslieferungsübereinkommen vom 13. Dezember 1957 (BGBl. 1964 II S. 1369; 1976 II S. 1778; 1982 I S. 2071; 1994 II S. 299) in Verbindung mit dem Zweiten Zusatzprotokoll zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen vom 17. März 1978 (BGBl. 1990 II S. 118; 1991 II S. 874) statt. Das Übereinkommen sieht in Artikel 28 Abs. 2 ausdrücklich vor, dass die Vertragsparteien bilaterale Vereinbarungen zur Ergänzung des Übereinkommens oder zur Erleichterung der Anwendung der darin enthaltenen Grundsätze schließen können. Von dieser Möglichkeit haben Deutschland und Polen Gebrauch gemacht. Die 1998 aufgenommenen Verhandlungen konnten 2002 zum Abschluss gebracht werden. Der Ergänzungsvertrag wurde am 17. Juli 2003 in Berlin unterzeichnet.

Der Vertrag hat das Ziel, den bilateralen Auslieferungsverkehr zu beschleunigen und zu erleichtern. Ferner war der Datenschutz zu regeln.

Der Vertrag folgt in seinem Aufbau der Systematik des Übereinkommens und teilweise auch den Zusatzverträgen, die die Bundesrepublik Deutschland mit der Tschechischen Republik (BGBl. 2001 II S. 726), Italien (BGBl. 1982 II S. 106; 1985 II S. 835), den Niederlanden (BGBl. 1981 II S. 1153; 1983 II S. 32), Österreich (BGBl. 1975 II S. 1163; 1976 II S. 1798) und der Schweiz (BGBl. 1975 II S. 1176; 1976 II S. 1798) geschlossen hat. Jeder Artikel ist – soweit möglich – dem in der Überschrift bezeichneten Artikel des Übereinkommens zugeordnet worden. Einer Einbeziehung der Artikel des Zweiten Zusatzprotokolls bedurfte es nicht.

Die Anregungen der Landesjustizverwaltungen wurden bei der endgültigen Fassung des Vertrages so weit wie möglich berücksichtigt. Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen waren an den wesentlichen Verhandlungen im Rahmen der Verhandlungsdelegation des Bundes unmittelbar beteiligt.

II. Besonderes

Zu Artikel 1

Nach Artikel 2 Abs. 1 Satz 2 des Übereinkommens erfolgt eine Auslieferung zur Vollstreckung einer Strafe oder einer Maßregel der Sicherung und Besserung nur, wenn deren Maß mindestens vier Monate beträgt. Maßgebend ist also nicht die tatsächlich noch zu vollstreckende, sondern die im Urteil ausgesprochene Freiheitsentziehung. Außerdem ist nach Artikel 2 Abs. 2 des Übereinkommens eine Auslieferung zur Vollstreckung minderer Strafen, von denen keine das Maß von vier Monaten erreicht, die zusammengerechnet aber mehr als vier Monate Freiheitsentziehung ergeben, nicht möglich.

In Ergänzung dieser Regelung stellt Artikel 1 nicht auf die Höhe der tatsächlich erkannten, sondern auf das Maß der noch zu vollstreckenden Freiheitsentziehung ab. Diese muss mindestens drei Monate betragen. Bei mehreren noch zu vollstreckenden Freiheitsstrafen oder Maßregeln genügt es, wenn deren Summe mindestens drei Monate beträgt.

Diese Regelung trägt dem Umstand Rechnung, dass die Auslieferung zur Vollstreckung von Freiheitsstrafen und Maßregeln unter drei Monaten möglichst unterbleiben soll. Die nunmehr gegebene Möglichkeit, mehrere kurzfristige Freiheitsstrafen und Maßregeln für die Berechnung der Frist zusammenzuziehen, entspricht einem Bedürfnis der Praxis.

Zu Artikel 2

Nach Artikel 7 Abs. 1, Artikel 8 des Übereinkommens kann der ersuchte Staat die Auslieferung ablehnen, wenn die dem Auslieferungersuchen zugrunde liegende strafbare Handlung ganz oder teilweise auf seinem Hoheitsgebiet begangen worden ist oder wenn er den Täter wegen dieser Handlung selbst verfolgt.

Artikel 2 Absatz 1 verpflichtet jedoch die ersuchte Vertragspartei unter bestimmten Voraussetzungen zur Auslieferung auch wegen Handlungen, die ihrer Gerichtsbarkeit unterliegen. Dies kann zum Beispiel der Fall sein, wenn sich die Beweismittel ganz oder vorwiegend im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei befinden oder Resozialisierungsgründe Anlass zum Verzicht auf die eigene Strafverfolgung geben.

Absatz 2 erweitert diese Verpflichtung auf Ersuchen zur Weiterlieferung nach Artikel 15 des Übereinkommens.

Zu Artikel 3

Artikel 9 des Übereinkommens in Verbindung mit Artikel 4 des Zweiten Zusatzprotokolls regelt die Anwendung des Grundsatzes „ne bis in idem“. Liegt im ersuchten Staat eine rechtskräftige Verurteilung wegen derselben Tat vor, wegen der die Auslieferung begehrt wird, oder liegt wegen einer solchen Tat eine Amnestie vor, so wird die Auslieferung nicht bewilligt. Nach Artikel 9 Satz 2 des Übereinkommens kann die Auslieferung abgelehnt werden, wenn im ersuchten Staat entschieden wurde, wegen derselben Handlung kein Strafverfahren einzuleiten oder ein bereits eingeleitetes Strafverfahren einzustellen. Beruht diese Einstellung oder die Entscheidung, kein Strafverfahren einzuleiten, lediglich auf dem Mangel der eigenen Gerichtsbarkeit, so ist nunmehr die Auslieferung gerechtfertigt und unter den sonstigen Voraussetzungen auch zu bewilligen.

Zu Artikel 4

Nach Artikel 10 des Übereinkommens wird die Auslieferung nicht bewilligt, wenn die Strafverfolgung oder Strafvollstreckung nach den Rechtsvorschriften des ersuchenden oder des ersuchten Staates verjährt ist.

In Abänderung dieser Bestimmung kommt es nach Artikel 4 für die Verjährung ausschließlich auf das Recht der ersuchenden Vertragspartei an.

Zu Artikel 5

Nach Artikel 2 Abs. 1 des Übereinkommens erfordert die Bewilligung der Auslieferung die beiderseitige Strafbarkeit. Artikel 5 hat zum Ziel, dass ein Straftäter aus unterschiedlichen Regelungen in den Gesetzen beider Vertragsparteien keine ungerechtfertigten Vorteile ziehen kann. Fehlt daher ein Strafantrag oder eine sonstige

Erklärung (die Formulierung „sonstige Erklärung“ bedeutet für das deutsche Recht „Strafverfolgungsermächtigung“), der bzw. die nur nach dem Recht der ersuchten Vertragspartei notwendig wäre, so muss die Auslieferung dennoch bewilligt werden.

Zu Artikel 6

Nach Artikel 5 des Zweiten Zusatzprotokolls werden die Auslieferungsersuchen zwischen den Justizministerien ausgetauscht. Zur weiteren Erleichterung und Beschleunigung des Auslieferungsverkehrs sieht Artikel 6 Absatz 1 nunmehr vor, dass der gesamte mit einem Auslieferungsersuchen zusammenhängende Schriftverkehr in Deutschland auch über die Justizministerien der Länder abgewickelt werden kann.

In Artikel 12 Abs. 2 des Übereinkommens sind die Unterlagen aufgeführt, die einem Auslieferungsersuchen beizufügen sind. Artikel 6 Absatz 2 ergänzt diese Bestimmung für die Fälle, in denen dem Verfolgten vor Stellung eines Auslieferungsersuchens zur Vollstreckung einer Strafe oder Maßregel der Besserung und Sicherung Strafaufschub, Strafunterbrechung oder bedingte Aussetzung der Vollstreckung einer Strafe oder Maßregel gewährt worden war. In diesen Fällen sind alle Unterlagen – insbesondere auch Entscheidungen über den Widerruf der Strafaussetzung – vorzulegen, aus denen sich die Vollstreckbarkeit ergibt.

Eine weitere Verkürzung des Geschäftsweges enthält Absatz 3 – in Anlehnung an Artikel 14 des Übereinkommens vom 27. September 1996 über die Auslieferung zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union – für die Übermittlung ergänzender Auslieferungsunterlagen. In diesem Zusammenhang ist auch auf die vereinfachte Regelung in Bezug auf die Übermittlung von Ersuchen um vorläufige Verhaftung in Artikel 9 Abs. 1 hinzuweisen.

Zu Artikel 7

Der in Artikel 14 des Übereinkommens geregelte Grundsatz der Spezialität hindert den ersuchenden Staat grundsätzlich daran, den Ausgelieferten wegen einer anderen, vor der Übergabe begangenen Handlung als derjenigen, die der Auslieferung zugrunde lag, zu verfolgen. Dies ist nur dann möglich, wenn der Staat, der ihn ausgeliefert hat, zustimmt oder wenn der Ausgelieferte das Hoheitsgebiet des Staates, dem er ausgeliefert worden ist, innerhalb von 45 Tagen nach seiner endgültigen Freilassung nicht verlassen hat, obwohl er dazu die Möglichkeit hatte, oder wenn er nach Verlassen dieses Gebiets dorthin zurückgekehrt ist.

Artikel 7 Absatz 1 stellt diesbezüglich klar, dass eine bedingte Freilassung ohne Anordnung einer die Bewegungsfreiheit des Ausgelieferten beeinträchtigenden Maßnahme seiner endgültigen Freilassung im Sinne von Artikel 14 Abs. 1 Buchstabe b des Übereinkommens gleichsteht. In Betracht kommt hier vor allem der Fall, dass die Vollstreckung einer gegen einen Ausgelieferten verhängten Freiheitsstrafe zur Bewährung ausgesetzt wird, ohne dass seine Bewegungsfreiheit durch Bewährungsaufgaben beschränkt wird. Erhält ein Ausgelieferter zum Beispiel nur die Zahlung einer Geldbuße als Bewährungsaufgabe, so ist er nicht gehindert, das Hoheitsgebiet des Urteilsstaates zu verlassen. Anders läge der Fall, in welchem dem Ausgelieferten zur Auflage gemacht wird,

sich während der Bewährungszeit zu bestimmten Zeiten bei einem Gericht oder bei einer anderen Stelle zu melden. Dann ist er in seiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt und steht weiterhin unter dem Schutz des Spezialitätsgrundsatzes.

Absatz 2 ermöglicht für den Fall, dass mit Rücksicht auf die Spezialität gemäß Artikel 14 Abs. 1 Buchstabe a des Übereinkommens zum Zwecke der Strafverfolgung ein Nachtragsersuchen zu stellen ist, grundsätzlich den Verzicht auf die Beifügung der in Artikel 12 Abs. 2 Buchstabe a des Übereinkommens genannten Unterlagen (Haftbefehl oder Urkunde mit entsprechender Rechtswirkung). Die unter Buchstaben b und c des genannten Absatzes erwähnten Unterlagen reichen in diesem Fall aus. Der Regelung steht § 35 Abs. 1 IRG nicht entgegen. Sie wurde mit Rücksicht auf die Fälle geschaffen, in denen zwar der Verdacht hinsichtlich einer weiteren schweren Straftat vorliegt, es zum Erlass des notwendigen Haftbefehls aber der Vernehmung des Verfolgten bedarf, die durch die Spezialitätsbindung wiederum nicht gedeckt wäre.

Zwischen den Vertragsparteien bestand Einvernehmen, dass dieser Verzicht auf die Beifügung von Unterlagen vorbehaltlich Absatz 3 gilt. Unter der Voraussetzung, dass einem Nachtragsersuchen jeder Art alle der in Artikel 12 Abs. 2 des Übereinkommens genannten Unterlagen beigelegt sind, kann die ausgelieferte Person bis zur Entscheidung über das Ersuchen im ersuchenden Staat in Haft gehalten werden.

Absatz 4 trifft eine Regelung für die Auslieferung im vereinfachten Verfahren. Sie folgt dem geltenden deutschen Recht und dem Übereinkommen über das vereinfachte Auslieferungsverfahren zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union vom 10. März 1995. Im polnischen Recht war das vereinfachte Auslieferungsverfahren bis Juli 2003 unbekannt; erst die im Juli 2003 in Kraft getretene Änderung der polnischen Strafprozessordnung hat sie ermöglicht. Erklärt sich ein Verfolgter während eines laufenden Auslieferungsverfahrens nach Belehrung über die Rechtswirkungen, insbesondere über die Unwiderrufbarkeit seiner Erklärung, freiwillig und in vollem Bewusstsein der sich daraus ergebenden Folgen vor einem Richter oder einem Staatsanwalt mit einer uneingeschränkten Strafverfolgung oder Strafvollstreckung im ersuchenden Staat einverstanden, so verzichtet der ersuchte Staat zwingend auf die Einhaltung der Spezialitätsbeschränkungen. Die Erklärung ist im Original oder beglaubigter Abschrift zu übermitteln.

Nach erfolgter Auslieferung kann gemäß Absatz 5 das Einverständnis des Verfolgten nur noch gegenüber einem Richter erklärt werden. Das richterliche Protokoll ist der ersuchten Vertragspartei zu übermitteln. Eines besonderen Nachtragsersuchens bedarf es nicht. Das Entfallen der Spezialitätsbindung tritt automatisch kraft Vertrages ein.

Zu Artikel 8

Mit der Regelung in Absatz 1, die dem Gedanken des § 11 Abs. 1 Nr. 2 IRG folgt, wird auch der Schutz vor Abschiebung, mithin der zwangsweisen Durchsetzung einer Ausreisepflicht eines Verfolgten in die Spezialitätsbindung aufgenommen. Ansonsten könnte die zustimmungsbedürftige Weiterlieferung durch eine Abschiebung umgangen werden.

Absatz 2 verlangt für die Weiterlieferung eines Verfolgten im Sinne des Artikels 15 des Übereinkommens die Prüfung, ob die Auslieferung des Verfolgten wegen der dem Auslieferungsersuchen zugrunde liegenden strafbaren Handlung durch die um Zustimmung ersuchte Vertragspartei an die andere Vertragspartei des Übereinkommens oder an einen dritten Staat zulässig wäre. Unter der Voraussetzung der Zulässigkeit muss die Zustimmung zur Weiterlieferung erteilt werden. Dem Weiterlieferungsersuchen sind nach Absatz 2 Satz 1 die Auslieferungsunterlagen beizufügen, die dem um Zustimmung ersuchenden Staat übermittelt wurden.

Zu Artikel 9

Artikel 16 Abs. 1 des Übereinkommens bestimmt, dass die zuständigen Behörden der ersuchenden Vertragspartei in dringenden Fällen um vorläufige Verhaftung des Verfolgten ersuchen können. Artikel 9 Absatz 1 erweitert diese Regelung dahin, dass Ersuchen um vorläufige Verhaftung in jedem Fall von den Gerichten, den Staatsanwaltschaften und von den in Artikel 6 Abs. 1 genannten Behörden an die zuständigen Justizbehörden der anderen Vertragspartei übermittelt werden können. Durch die nach Absatz 1 Satz 2 geforderte Vorlage einer Sachverhaltsdarstellung soll sichergestellt werden, dass die Behörden der ersuchten Vertragspartei stets die Möglichkeit zur Prüfung haben, ob dem Verfolgten eine auch nach ihrem Recht auslieferungsfähige Straftat vorgeworfen wird.

Nach Artikel 9 Absatz 2 haben sich die zuständigen Behörden beider Vertragsparteien unverzüglich – möglichst auf dem Interpolweg – in Verbindung zu setzen, wenn sich in einem der Staaten eine Person befindet, deren Auslieferung an den anderen Staat in Betracht kommen könnte. Dabei ist zu klären, ob die Auslieferung dieser Person begehrt wird und ob sie in vorläufige Auslieferungshaft genommen werden soll. Im letzteren Fall wird die andere Vertragspartei von der Inhaftierung unverzüglich unter Angabe des Zeitpunktes der Verhaftung und des Haftortes verständigt.

Da Artikel 16 Abs. 4 des Übereinkommens keine eindeutige Regelung darüber enthält, bei welcher Stelle das Auslieferungsersuchen und die Unterlagen innerhalb der vertraglich vorgesehenen Frist eingegangen sein müssen, und die Auslegung dieser Vorschrift durch den Bundesgerichtshof (BGHSt 28, 31, 34) zu erheblichen Problemen im nationalen und internationalen Bereich führt, bestimmt Absatz 3 Satz 1, dass die Frist nach Artikel 16 Abs. 4 des Übereinkommens bereits dann gewahrt ist, wenn das Auslieferungsersuchen und die beizufügenden Unterlagen vor Fristablauf bei den in Artikel 6 Abs. 1 des Vertrages genannten Stellen eingehen. Nach Satz 2 ist der Eingang des Auslieferungsersuchens nebst Anlagen per Fernkopie fristwahrend, wenn die Originaldokumente unverzüglich übersandt werden.

Zu Artikel 10

Die Vorschrift ergänzt Artikel 17 des Übereinkommens, der das Verfahren bei einer Mehrheit von Auslieferungsersuchen verschiedener Staaten regelt. Der ersuchte Staat wird mit der Entscheidung über die Auslieferungsersuchen allen ersuchenden Staaten, also der ersuchenden Vertragspartei wie auch den ersuchenden dritten Staaten, mitteilen, inwieweit er einer Weiterleitung des

Verfolgten aus dem Staat, an den er ausgeliefert wird, an den anderen ersuchenden Staat zustimmt. Diese Regelung dient ausschließlich der Erleichterung des deutsch-polnischen Auslieferungsverkehrs. Ein an dem Verfahren beteiligter dritter Staat kann daraus keine Rechte herleiten.

Zu Artikel 11

Artikel 11 Absatz 1 ergänzt Artikel 19 Abs. 1 des Übereinkommens folgerichtig dahin, dass die Übergabe des Verfolgten nicht nur zum Zwecke der Verbüßung einer Strafe, sondern auch zur Vollstreckung einer Maßregel der Besserung und Sicherung aufgeschoben werden kann.

In Absatz 2 Satz 1 ist die in Artikel 19 Abs. 2 des Übereinkommens vorgesehene bloße Möglichkeit der vorübergehenden Überstellung eines Verfolgten, dessen Auslieferung bereits bewilligt worden ist, zum Zwecke der Durchführung bestimmter Prozesshandlungen in einem laufenden Verfahren als Verpflichtung der beiden Vertragsparteien ausgestaltet worden, sofern durch die vorübergehende Überstellung das Strafverfahren im ersuchten Staat nicht beeinträchtigt wird.

In Absatz 2 Satz 2 sind die bei einer solchen Überstellung zu beachtenden Bestimmungen festgelegt. Nach Nummer 1 muss sich aus einem entsprechenden Ersuchen eindeutig ergeben, welche Prozesshandlungen im ersuchenden Staat durchzuführen sind. Nummer 2 bestimmt, dass der Verfolgte für die Dauer seines Aufenthalts im ersuchenden Staat in Haft zu halten ist. Die hierfür erforderliche Haftgrundlage kann der Haftbefehl sein, der im ersuchenden Staat in dem anhängigen Strafverfahren gegen den Verfolgten erlassen worden ist. Sollte ein solcher Haftbefehl allerdings nicht bestehen, so ergibt sich die Haftgrundlage aus dieser Bestimmung. Damit kann auch der Verpflichtung aus Nummer 3 zur Rücküberstellung des Verfolgten ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit, das heißt einschließlich eigener Staatsangehöriger (vgl. BVerfGE 29, 195), Rechnung getragen werden. Nach Nummer 4 ist die Zeit, die ein Verfolgter während einer vorübergehenden Überstellung im ersuchenden Staat in Haft verbracht hat, auf die Strafe im ersuchten Staat anzurechnen.

Die in Artikel 24 des Übereinkommens enthaltene Kostenregelung erfasst nicht die Kosten, die durch die vorübergehende Übergabe eines Verfolgten entstehen. Daher ist in Nummer 5 eine entsprechende Regelung getroffen worden.

Zu Artikel 12

Die Vorschrift ergänzt und vereinfacht das in Artikel 20 des Übereinkommens geregelte Verfahren bei der Herausgabe von Gegenständen.

Nach Absatz 1 ist ein besonderes Ersuchen um Herausgabe der Gegenstände und etwaiger Surrogate nicht erforderlich. Dies kann vielmehr im Rahmen des Auslieferungsverfahrens beantragt werden. Die Gegenstände sollen möglichst gleichzeitig mit dem Verfolgten übergeben werden. Darüber hinaus ist vorgesehen, dass die Übergabe der Gegenstände auch dann stattfinden kann, wenn die bereits bewilligte Auslieferung aus tatsächlichen Gründen, zum Beispiel weil die auszuliefernde Person geflüchtet oder verstorben ist, letztlich nicht vollzogen werden kann.

Absatz 2 bestimmt, dass sichergestellte Gegenstände unter den in dieser Vorschrift genannten Voraussetzungen unmittelbar dem Geschädigten herausgegeben werden können. Voraussetzung hierfür ist, dass der Verfolgte mit der unmittelbaren Rückgabe an die Geschädigten oder dessen Beauftragten einverstanden ist und die ersuchende Vertragspartei auf die Herausgabe der Gegenstände verzichtet. Diese Regelung entspricht einem Bedürfnis der Praxis (zum Beispiel beim Diebstahl von Kraftfahrzeugen).

Absatz 3 trifft die für die Praxis besonders bedeutende Regelung, dass der ersuchte Staat an Gegenständen (so zum Beispiel an gestohlenen Kraftfahrzeugen oder Kunstgegenständen), die durch eine strafbare Handlung ohne Wissen des Eigentümers in sein Gebiet verbracht wurden, kein Zollpfandrecht oder sonstige dingliche Haftung nach den Vorschriften des Zoll- und Steuerrechts geltend machen kann. Etwas anderes gilt nur, wenn der durch die strafbare Handlung geschädigte Eigentümer die Abgabe selbst schuldet. Damit werden den betroffenen rechtmäßigen Eigentümern Schwierigkeiten erspart, die sie in der Regel zusätzlich zu dem vorübergehenden Verlust ihres Eigentums auf sich nehmen müssten, um ihr Eigentum zurückzuerhalten.

Zu Artikel 13

Absatz 1 schafft in Ergänzung des Artikels 21 des Übereinkommens für die Fälle der Durchlieferung eine selbständige Pflicht zur Inhaftierung.

Absatz 2 bestimmt für die Fälle, in denen ein Verfolgter aus dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei durch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei an einen dritten Staat ausgeliefert wird, dass der Durchlieferungsstaat ohne Zustimmung des ausliefernden Staates nicht befugt ist, gegen den Verfolgten wegen vor der Durchlieferung begangener strafbarer Handlungen Strafverfolgungs- oder Strafvollstreckungsmaßnahmen anzuordnen. Diese Regelung entspricht dem Grundsatz, dass eine durchzuliefernde Person nicht der uneingeschränkten Hoheitsgewalt des durchliefernden Staates unterliegt. Der ausliefernde Staat soll die Gewissheit haben, dass die Überstellung des Verfolgten an den dritten Staat durch die andere Vertragspartei durch dortige Strafverfolgungsmaßnahmen nicht verzögert wird.

Nach Absatz 3 besteht – anders als nach Artikel 21 Abs. 4 Buchstabe a des Übereinkommens – keine Verpflichtung, die Durchbeförderung auf dem Luftweg jener Vertragspartei zu notifizieren, deren Hoheitsgebiet überflogen wird, sofern die betroffene Person nicht Staatsangehöriger der überflogenen Vertragspartei ist und auch nicht wegen politisch oder militärisch strafbarer Handlungen ausgeliefert wird. Der Regelung liegt die Überlegung zugrunde, dass dieser Fall des Überfliegens des Territoriums einer Vertragspartei ohne Zwischenlandung zum Zwecke der Überstellung eines Verfolgten nicht formell als Durchlieferung zu behandeln ist. Der Mitwirkung des Durchlieferungsstaates bedarf es in der Regel nicht. Auch nach § 47 IRG ist die Anzeige eines Non-stop-Fluges durch den Luftraum der Bundesrepublik Deutschland ins Belieben der beteiligten ausländischen Staaten gestellt. Sollte es zu einer unvorhergesehenen Zwischenlandung kommen, so kann zunächst gemäß Artikel 16 des Übereinkommens das Erforderliche zum Zwecke der vorläufigen Inhaftnahme veranlasst werden.

Die Geschäftswegregelung in Absatz 4 geht von der Überlegung aus, dass bei einer Durchlieferung durch die Bundesrepublik Deutschland in der Regel die Hoheitsgebiete mehrerer Bundesländer berührt werden und dem ersuchenden Staat daher ein zentraler Ansprechpartner zur Verfügung stehen muss.

Zu Artikel 14

Da nach der deutschen Erklärung zu Artikel 23 des Übereinkommens einem Auslieferungsersuchen und den Unterlagen Übersetzungen entweder in deutscher oder in einer Amtssprache des Europarats beizufügen sind und die polnische Regierung zu Artikel 23 keine Erklärung abgegeben hat, wurde mit Artikel 14 des Vertrages klargestellt, dass beide Seiten die Übersetzung in ihre jeweilige Landessprache fordern. Dies entspricht der bisherigen Praxis. Zwischen den Vertragsparteien besteht Einvernehmen, dass sich der Schriftverkehr über Interpol im Zusammenhang mit Auslieferungsangelegenheiten nach wie vor in allen im Interpolverkehr zulässigen Sprachen vollziehen kann.

Zu Artikel 15

Artikel 15 enthält eine Definition der personenbezogenen Daten, auf die sich die folgenden Artikel 16 und 17 beziehen; sie entspricht nach dem Gewollten inhaltlich der Definition in § 3 Abs. 1 des Bundesdatenschutzgesetzes.

Zu Artikel 16

Artikel 16 stellt sicher, dass die übermittelten personenbezogenen Daten nur für genau bestimmte Zwecke verwendet werden dürfen.

Absatz 1 Satz 1 regelt den Grundfall, wonach personenbezogene Daten lediglich für den im Ersuchen genannten Zweck Verwendung finden dürfen, wobei Bedingungen der übermittelnden Stelle zu beachten sind.

Satz 2 enthält die in der praktischen Abwicklung erforderlichen Ausnahmen. So kann nach Nummer 1 ohne erneutes Ersuchen eine Verwendung für alle Zwecke erfolgen, die eine Datenübermittlung nach dem Übereinkommen oder diesem Vertrag ermöglichen. Nach Nummer 2 können die Daten auch zur Verfolgung anderer Straftaten Verwendung finden; nach Nummer 3 auch für präventive Zwecke, sofern es um die Verhinderung von Straftaten von erheblicher Bedeutung geht. Nummer 4 sichert die Verwendungsfähigkeit der übermittelnden Daten ohne erneutes Ersuchen für alle gerichtlichen Verfahren und Verwaltungsverfahren, die mit den vorgenannten Zwecken zusammenhängen. Ferner kann nach Nummer 5 die Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit die Verwendung der übermittelten Daten ohne erneutes Ersuchen rechtfertigen.

Absatz 2 ermöglicht eine darüber hinausgehende Datenverwendung nach vorheriger Zustimmung der übermittelnden Vertragspartei.

Zu Artikel 17

Die zusätzlichen Bestimmungen sollen ein einheitliches Minimalschutzniveau für personenbezogene Daten für beide Vertragsparteien garantieren. Zugleich wird deutlich gemacht, dass nationale Datenschutzvorschriften durch diesen Vertrag nicht aufgehoben, sondern ergänzt werden.

Nach Nummer 1 unterrichten sich die Vertragsparteien auf Ersuchen über die Verwendung der Daten und die dadurch erzielten Ergebnisse. Dies ist insbesondere von Bedeutung für die Fälle der Datenverwendung für Zwecke außerhalb des Ersuchens gemäß Artikel 16 Abs. 1 Satz 2.

Nach Nummer 2 ist beim Umgang mit personenbezogenen Daten besonders sorgfältig zu verfahren. Die übermittelnde Stelle hat neben der Richtigkeit der Daten auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Nach Satz 2 sind die jeweiligen nationalen Übermittlungsverbote zu beachten. In Deutschland gibt es keine einschlägigen Übermittlungsverbote. Satz 3 begründet eine Mitteilungspflicht der übermittelnden Stelle, sofern sich nachträglich erweist, dass unrichtige Daten übermittelt wurden oder gegen ein Übermittlungsverbot verstoßen wurde. In diesen Fällen berichtet die empfangende Vertragspartei die Daten oder vernichtet sie (Satz 4).

Nummer 3 gibt dem von der Erledigung eines Rechtshilfersuchens Betroffenen einen Auskunftsanspruch. Der Betroffene kann zur Wahrnehmung seines Rechts auf informationelle Selbstbestimmung einen Antrag auf Auskunft stellen, welche seiner Daten zu welchem Zweck Verwendung gefunden haben (Satz 1). Die Auskunft kann dann verweigert werden, wenn das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse an der Auskunftserteilung überwiegt (Satz 2). Da der Betroffene die Auskunft sowohl bei den Behörden der übersendenden als auch bei den Behörden der empfangenden Vertragspartei beantragen kann, bestimmt Satz 3, dass das nationale Recht der übersendenden oder der empfangenden Vertragspartei die Art und Weise der Auskunftserteilung regelt, je nachdem, wo die Auskunft beantragt wird.

Nummer 4 gewährleistet, dass nach nationalem Recht geltende Lösungsfristen auf die übermittelten Daten Anwendung finden. Davon unabhängig besteht eine Pflicht zur Löschung der übermittelten Daten, wenn sich ein Bezug zu einem unbeteiligten Dritten erweist oder die Erforderlichkeit im Sinne von Artikel 16 wegfällt.

Nach Nummer 5 ist sowohl von der übermittelnden als auch von der empfangenden Stelle festzuhalten, dass personenbezogene Daten übermittelt beziehungsweise empfangen wurden. Für den Empfänger ist dies schon dadurch gewährleistet, dass die Erledigungsstücke zu den Akten gelangen. Die übermittelnde Stelle muss lediglich die Tatsache festhalten, dass personenbezogene Daten übermittelt wurden. Der genaue Umfang der Daten muss im Einzelnen nicht dokumentiert werden, da dies auf eine Pflicht hinauslaufen würde, von allen Erledigungsstücken Kopien in den Akten der ersuchten Vertragspartei aufzubewahren. Dies ist von den Vertragsparteien im Hinblick auf den damit verbundenen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand nicht gewollt.

Nach Nummer 6 besteht eine Schutzpflicht der übermittelnden und empfangenden Stellen hinsichtlich der personenbezogenen Daten.

Nummer 7 regelt Teilbereiche des Schadenersatzrechts. Entsteht dem Betroffenen durch eine rechtswidrige

Datenübermittlung ein Schaden, so haftet ihm die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts (Satz 1). Um dem Geschädigten die Geltendmachung seines Schadenersatzanspruches zu erleichtern, braucht er sich nur an die empfangende Stelle zu wenden, selbst wenn die Falschübermittlung nicht in ihre Sphäre fällt, etwa weil die ihr bereits übersandten Daten unrichtig waren (Satz 2). Die empfangende Stelle muss in diesem Fall den Betroffenen entschädigen. Die übermittelnde Vertragspartei ist aber verpflichtet, der empfangenden Vertragspartei den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes zu erstatten (Satz 3).

Der Betroffene kann sich durch diese Regelung zunächst an die Behörde seines Heimatstaates wenden und wird davor bewahrt, die Frage der Verursachung selbst klären zu müssen und von der einen an die andere Behörde verwiesen zu werden. Die Regelung setzt einen bestehenden nationalen Entschädigungsanspruch voraus und schafft nicht etwa einen neuen Anspruch. Strafverfolgungsmaßnahmen, die von deutschen Behörden auf Veranlassung einer ausländischen Behörde im Wege der Rechtshilfe ergriffen wurden, führen – im Gegensatz zu polnischen Strafverfolgungsmaßnahmen im Rahmen eines deutschen Strafverfahrens, die aufgrund fehlerhafter polnischer Datenübermittlung auf Ersuchen Deutschlands von Polen durchgeführt wurden – grundsätzlich zu keinen Ansprüchen nach dem Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG). Eine Entschädigung kommt daneben nur nach Artikel 34 GG, § 839 BGB oder nach Artikel 5 Abs. 5 MRK in Betracht.

Zu Artikel 18

Artikel 18 regelt den Geheimschutz, der auch nicht personenbezogene Daten betreffen kann.

Zu Artikel 19

Absatz 1 sieht Konsultationen der Vertragsparteien zu auftretenden Schwierigkeiten bei der Anwendung und Auslegung des Übereinkommens und des Vertrages vor.

Absatz 2 sieht vor, dass sich die zuständigen Behörden beider Vertragsparteien in Verbindung setzen, wenn nach Auffassung der ersuchten Vertragspartei aus humanitären Gründen Bedenken gegen die Auslieferung eines Verfolgten bestehen. Die Bestimmung schafft keinen selbständigen Ablehnungsgrund einer Auslieferung. Sie eröffnet jedoch die Möglichkeit, unbeschadet der bestehenden Verpflichtungen nach dem Übereinkommen und diesem Vertrag in besonders gelagerten Fällen im Interesse eines Verfolgten Lösungen zu erörtern und die bestehenden Bedenken auszuräumen. Als Ergebnis solcher Erörterungen kann zum Beispiel das Auslieferungsgesuchen zurückgenommen werden oder eine Bewilligung mit geeigneten Vorbehalten und Hinweisen ausgesprochen werden.

Zu den Artikeln 20 und 21

Diese Artikel enthalten die üblichen Schlussklauseln.

Anlage 2**Stellungnahme des Bundesrates**

Der Bundesrat hat in seiner 794. Sitzung am 28. November 2003 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:

Zur Eingangsformel

In der Eingangsformel sind nach dem Wort „hat“ die Wörter „mit Zustimmung des Bundesrates“ einzufügen.

Begründung

Das beabsichtigte Gesetz bedarf gemäß Artikel 84 Abs. 1 GG der Zustimmung des Bundesrates, weil der Vertrag auch Regelungen des Verfahrens der Länderbehörden bei der Ausführung von Bundesrecht enthält.

Anlage 3**Gegenäußerung der Bundesregierung**

Die Bundesregierung vermag der Auffassung des Bundesrates, dass das Gesetz zustimmungspflichtig sei, nicht zu folgen. Soweit der Vertrag Mitwirkungs- und Informationspflichten der Landesjustizverwaltungen überhaupt enthält, können Auswirkungen auf die Verwaltungstätigkeit der Landesjustizverwaltungen die Zustimmungsbedürftigkeit des Gesetzes nicht begründen. Für Auslieferungsverfahren sind die Amtsgerichte, Staatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten und die Oberlandesgerichte (§§ 13, 21, 22 des Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen) zuständig; die Regelungen des oben bezeichneten deutsch-polnischen Vertrags betreffen demnach die Tätigkeit von Justizbehörden und Gerichten. Wegen des engen Zusammenhangs mit einem Straf- oder Strafvollstreckungsverfahren sind die Regelungen des Auslieferungsverfahrens als Regelungen des Gerichtsverfahrens zu bewerten. Zudem führen die Länder das Übereinkommen nicht als eigene Angelegenheit gemäß Artikel 83, 84 Abs. 1 des Grundgesetzes aus. Die Bundesregierung hält an der von ihr stets vertretenen Auffassung fest, wonach der Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland in strafrechtlichen Angelegenheiten gemäß Artikel 32 Abs. 1 des Grundgesetzes als Teil der Pflege der Beziehungen zu auswärtigen Staaten ausschließlich Sache des Bundes ist und Vertragsgesetze zu einschlägigen Übereinkommen daher nicht der Zustimmung des Bundesrates bedürfen (vgl. Bundestagsdrucksache 9/32 S. 15, 9/733 S. 15, 11/3864 S. 23, 13/10157 S. 20 und 15/1073 S. 24). Die Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Landesregierungen über die Zuständigkeit im Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland in strafrechtlichen Angelegenheiten vom 1. Juli 1993 (BAnz. S. 6383) geht ebenfalls davon aus, dass die Bundesregierung den Landesregierungen nur die Ausübung ihrer Befugnisse, nicht aber die Befugnisse selbst übertragen hat.